

Ralph M. Wrobel (Hrsg.)

Ethnische Minderheiten und Erinnerungskulturen in Mittel- und Osteuropa



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Sachsen – Mitteleuropa – Osteuropa

Schriftenreihe des Kompetenzzentrums Mittel- und Osteuropa Leipzig (KOMOEL)

Herausgegeben vom
Kompetenzzentrum Mittel- und Osteuropa Leipzig (KOMOEL) –
vertreten durch Prof. Dr. Stefan Troebst

Band 3



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien

Ralph M. Wrobel (Hrsg.)

Ethnische Minderheiten und Erinnerungskulturen in Mittel- und Osteuropa

Ergebnisse des 7. Sächsischen Mittel- und
Osteuropatages in Zwickau (27.10.2010)



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt mit Förderung
des Sächsischen Staatsministeriums
des Innern (SMI), Dresden

Titelfoto:
Zweisprachiges Ortschild in Oberschlesien,
Foto: R. Wrobel

ISSN 1862-314X

ISBN 978-3-653-02251-3 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-02251-3

ISBN 978-3-631-63734-0 (Print)

© Peter Lang GmbH
Internationaler Verlag der Wissenschaften
Frankfurt am Main 2012
Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
--------------	---

A) Nationale Minderheiten und Sprachenpolitik im post-sowjetischen Raum.....11

1. **Kaiser, Urban** – Exklusive Staatsbürgerschaftspolitik als Hemmnis für demokratische Konsolidierung in den baltischen Staaten.....13
2. **Winkler, Jördis** – Ausgewählte Aspekte staatlicher Sprachenpolitik am Beispiel der Republik Burjatien in Russland..... 29
3. **Dietel, Aliona** - Das Minderheitenschutz im post-sowjetischen Raum an der EU-Grenze unter besonderer Berücksichtigung der rumänischen Minderheit in der Ukraine.... 49

B) Schulwesen und Entwicklung des deutsch-polnischen Sprachkontaktes in Oberschlesien.....79

1. **Wrobel, Ralph** - Die Entwicklung des oberschlesischen Schulwesens in preußischer Zeit am Beispiel der Dorfschule in Kerpen, Kr. Neustadt/OS..... 81
2. **Mlynarska, Henryka** – Erinnerungen an den Pädagogen und Organisten Joseph Schittko aus Friedersdorf..... 111
3. **Świder, Malgorzata** – Schule und Jugend im Opperler Schlesien nach 1945 – ein Bestandteil der Repolonisierungs- und Polonisierungspolitik.....133
4. **Pelka, Daniela** - Deutsch-polnische Sprachinteraktion in den „Oberschlesischen Nachrichten“159

C) Erinnerungskulturen und Erinnerungsforschung.....177

1. **Troebst, Stefan** - Vorläufer der friedlichen Revolution
1989 in den osteuropäischen Nachbarstaaten..... 179
2. **Temper, Elena** - Kontroverse um Kurapaty: Geteilte
Erinnerung im postsowjetischen Belarus..... 187
3. **Imhof, Werner** - Geschichte verbindet: Die Zeitzeugen-
projekte der Brücke/Most-Stiftung..... 209

Autorenverzeichnis.....223

Vorwort

Sachsen liegt im Herzen Europas, direkt an der Grenze zu den Staaten in Mittel- und Osteuropa, die durch einen mehr als 20 Jahre anhaltenden gesellschaftlichen Umgestaltungs- und ökonomischen Transformationsprozess gekennzeichnet sind. Alleine an zwei der wichtigsten Staaten dieser Region, Polen und die Tschechische Republik, grenzt Sachsen direkt. Deshalb ist für den Freistaat Sachsen eine erfolgreiche Kooperation mit den Partnern im Osten Europas von besonderer Bedeutung. Doch wie lassen sich die alten Grenzen innerhalb Europas überwinden? In den Jahren 2004 bzw. 2007 sind zehn mittel- und osteuropäischen Staaten der Europäischen Union beigetreten. Das Abkommen von Schengen hat dazu geführt, dass keine Grenzkontrollen mehr zwischen den Teilnehmern stattfinden. Dennoch liegt immer noch eine enorme wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen Ost und West. Durch seine Grenzlage kommt Sachsen eine besondere Rolle bei der Überwindung dieser Differenzen zu.

Durch seine Beteiligung an grenzüberschreitenden Kooperationen, z.B. Euroregionen, kann Sachsen zu einem Vermittler zwischen dem westlichen und dem östlichen Mitteleuropa werden. Durch öffentliche Darstellung seiner vorbildlichen Minderheitenpolitik kann der Freistaat zu einem weiteren Ausbau der Zivilgesellschaft in den östlichen Nachbarstaaten beitragen. Diese können hingegen durch aktive Nutzung der Potenziale ihrer nationalen Minderheiten, insbesondere der deutschen Minderheit, ebenso eine Brücke nach Westen bauen. Diese Potenziale auszuloten und zu diskutieren, war das Ziel des 7. Sächsischen Mittel- und Osteuropatages, der am 27.10.2010 an der Westsächsischen Hochschule in Zwickau veranstaltet wurde. Dazu wurden Wissenschaftler, Politiker, Bürger und Studierende aus Sachsen mit Gästen aus Mittel- und Osteuropa zusammengebracht. Sie sollten über die aktuellen Herausforderungen der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kooperation diskutieren. Erfreulicherweise konnten über 30 Wissenschaftler, Politiker und Bürger aus Deutschland, Polen, Tschechien und der Ukraine für eine aktive Teilnahme gewonnen werden.

Diesmal stand der Sächsischen Mittel- und Osteuropatages unter dem Motto „Grenzen überwinden! - Regionale Kooperationen und nationale Minderheiten als Brückenbauer im vereinten Europa“. Nach zahlreichen Grußworten eröffnete Herr Dr. Ronald Werner, Abteilungsleiter Hochschulen im SMWK die Sitzung mit seinem Beitrag „Regionale Kooperation und nationale Minderheiten in Sachsen: aktueller Status und Perspektiven“. In prägnanter Form informierte er die Zuhörer über die Sichtweise der Landesregierung, für die Minderheiten allgemein eine große Bedeutung haben. Dabei wies er insbesondere auf die Sorben in Sachsen hin. Daraufhin stellte Norbert Rasch, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opper Schlesen, die deutsche Minderheit in Polen als Brückenbauer zwischen den Nationen dar. Dabei ging er sowohl auf die Geschichte als auch die gegenwärtigen Probleme der Minderheit ein. Dazu gehörten insbesondere die Kultur- und Sprachpflege, um den jungen Menschen ein Identitätsgefühl geben zu können und damit eine Bindung an die engere Heimat zu erzeugen. Die jungen Oberschlesier würden nämlich zum großen Teil nach Deutschland abwandern.

In einem weiteren Teil der Plenarsitzung wurde insbesondere die Hochschulzusammenarbeit zwischen Sachsen und seinen beiden östlichen Nachbarn, Polen und Tschechien, diskutiert. Herr Hans Golombek, Leiter des Referats Mittelosteuropa des DAAD berichtete so über die regionale Hochschulzusammenarbeit zwischen den drei Ländern. Dabei stellte er insbesondere die konkreten Kooperationsprojekte des DAAD vor. Anschließend ergänzte Herr Prof. Dr. Milos Reznik, Prodekan der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz, diese Ausführungen durch einen Beitrag zur sächsisch-böhmischen Kooperation im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Wie aus den beiden Berichten deutlich wurde, bestehen zwar zahlreiche Kooperationen, dennoch sind die sprachlichen und kulturellen Hürden hoch. Die Grenze zwischen den drei Ländern hat noch immer etwas Trennendes.

Ebenso war eine Podiumsdiskussion in der IHK-Regionalkammer Zwickau Bestandteil des Mittel- und Osteuropatages. Das Thema war: „Die deutschen Minderheiten in Polen und Tschechien als Brückenbauer für den sächsischen Mittelstand“. In der Diskussion zeigte sich, dass die deutsche Minderheit in Oberschlesien (Polen) in einer deut-

lich besseren Position ist als in Tschechien, wo sie weit verstreut lebt. So machten die Vertreter der Deutschen im polnischen Oberschlesien, Herr Konczala und Herr Mitschka, deutlich, dass sie sich in ihrer Region als Brückenbauer begreifen und auch ganz konkret für deutsche Investoren zur Verfügung stehen. Die Oppelner Region würde zahlreiche Investoren aus Deutschland anziehen, da die deutsche Minderheit kulturelle und sprachliche Hürden zu überwinden helfen könne. Dies wurde auch von dem Zwickauer Unternehmer Peter Windisch unterstützt, der auf die hervorragenden Investitionsbedingungen in Polen allgemein, insbesondere aber auch in der Oppelner Region, hinwies. Wie Martin Dzingel aus Tschechien berichtete, kann die deutsche Minderheit in seinem Land solch eine Brückenfunktion hingegen nicht bieten. Sein Verband sei aber selbstverständlich in der Lage, deutschen Investoren kompetente Ansprechpartner in vielen Regionen des Landes zu vermitteln. Interessanterweise gingen die Fragen der Zuhörer schnell in eine völlig andere Richtung: Mehrere Zwickauer Unternehmer machten deutlich, dass für sie ein Investment in Polen oder Tschechien nicht auf der Tagesordnung stünde. Ihre Unternehmen seien zu klein dafür. Die Unternehmer interessierten sich aber stark dafür, ob es möglich wäre aus den Reihen der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern Nachwuchs und Fachkräfte für die eigenen Produktionsstätten in Westsachsen zu rekrutieren. Für die Vertreter der deutschen Minderheiten war dies eine neue aber sehr interessante Fragestellung, da auch sie mit einer Abwanderung ihrer Jugend in den Westen Deutschlands zu kämpfen haben. Ausbildungs- und Arbeitschancen im Osten des Landes könnten diese Pendel- und Abwanderungsbewegungen zumindest verkürzen und über die neuen Kontakte auch zu Rückwanderungen führen.

Auf dem 7. Sächsischen Mittel- und Osteuropatag wurde zusätzlich in mehreren Arbeitsgruppen über aktuelle Forschungsfragen zur Bedeutung von nationalen Minderheiten als Brückenbauern zwischen den Nationen, ihre Probleme sowie ihre Behandlung in den Mehrheitsgesellschaften diskutiert. Ebenso standen die unterschiedlichen Erinnerungskulturen, ihre Aufarbeitung und ihre Erfassung durch Zeitzeugenprojekte auf der Tagesordnung. Die Ergebnisse sind in diesem Band als Beiträge enthalten. Sie sind dabei in drei Bereiche gegliedert:

In einem ersten Abschnitt wird die Lage von nationalen Minderheiten und Sprachenpolitik im post-sowjetischen Raum thematisiert. Die Beiträge beziehen sich auf die baltischen Staaten, Russland und die Ukraine. In einem zweiten Abschnitt wird die historische Entwicklung der ehemals polnisch-sprachigen Oberschlesier zur heutigen deutschen Minderheit in Polen thematisiert und anhand der Schul- und Sprachgeschichte illustriert. Im dritten Abschnitt werden dann unterschiedliche Erinnerungskulturen in Mittel- und Osteuropa sowie deren Erfassung und Aufarbeitung beschrieben. Dabei wird deutlich, dass gerade den historischen Erinnerungen, ihrer Aufarbeitung und Tradierung große Bedeutung bei der Überwindung geistiger Grenzen zukommt.

Wie immer ist die Herausgabe eines solchen Sammelbandes ein arbeitsintensives Unterfangen, das eine einzelne Person nicht bewältigen kann. Das gilt ebenso für die Planung und Durchführung der entsprechenden Veranstaltung. Der Herausgeber möchte daher an dieser Stelle den Initiatoren des Sächsischen Mittel- und Osteuropatages, Herrn Prof. Dr. Stefan Troebst und Frau Rumjana Mitewa-Michalkowa vom KOMOEL in Leipzig, den Förderern der Veranstaltung, insbesondere Herrn Dr. Baumann (SMI) sowie Herrn Dr. Golombek (DAAD), sowie Frau Antje Hübner und Herrn Robert Jungnickel von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Westsächsischen Hochschule in Zwickau herzlich für ihre Unterstützung danken.

Zwickau Frühjahr 2012

Prof. Dr. Ralph M. Wrobel

Westsächsische Hochschule

**A) Nationale Minderheiten und Sprachenpolitik
im post-sowjetischen Raum**

Urban Kaiser

Exklusive Staatsbürgerschaftspolitik als Hemmnis für demokratische Konsolidierung in den baltischen Staaten?¹

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Ende der 1980er Jahre setzten in den mittel- und osteuropäischen Staaten Transformationsprozesse ein. Zentrale Herausforderung hierbei war das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1994) – die zeitgleiche Transformation des politischen Systems von der autoritären Herrschaft zur Demokratie sowie der Wirtschaftsverfassung von Plan- zu Marktwirtschaft. In einigen Fällen, wie beispielsweise den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen kam mit der neu gewonnenen staatlichen Unabhängigkeit eine weitere Herausforderung hinzu. Die erfolgreiche Implementierung eines demokratischen Systems sagt aber noch nichts über dessen Konsolidierung aus, inwieweit die neue innerstaatliche Verfasstheit also von den relevanten Akteuren als "the only game in town" (Linz und Stepan 1996) tatsächlich akzeptiert wird.

Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die Konsolidierung der mittel- und osteuropäischen Demokratien resultiert aus der Tatsache, dass viele Staaten der Region durch eine ethnisch heterogene Bevölkerung gekennzeichnet sind. In besonderer Weise trifft dies auf die baltischen Staaten zu. Die Tatsache, dass Lettland und Estland nach ihrer erneuten Unabhängigkeit 1991 die Staatsbürgerschaft nicht automatisch allen zu dieser Zeit dauerhaft auf ihrem Staatsgebiet le-

¹ *Der vorliegende Beitrag ist eine Kurzfassung der Magisterarbeit des Autors zum Thema „Ethnische Minderheiten und Konsolidierung der Demokratie in den baltischen Staaten. Die exklusive Staatsbürgerschaftspolitik Estlands und Lettlands – Ein Hemmschuh für deren demokratische Konsolidierung? Ein Vergleich mit der inklusiven Staatsbürgerschaftspolitik Litauens“. Die Magisterarbeit wurde im November 2007 dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz vorgelegt. Der Autor arbeitet zurzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fraunhofer-Zentrum für Mittel- und Osteuropa (MOEZ) in Leipzig*

benden Personen offerierten, führte dazu, dass ein großer Teil ihrer Bevölkerung zunächst von der Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen, vor allem partizipatorischen Rechten ausgeschlossen wurde. Auch wenn in den entsprechenden Gesetzen nicht explizit die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe der entscheidende Ausschlussgrund war, waren von dieser Exklusion de facto vor allem die – hauptsächlich russischsprachigen² - ethnischen Minderheiten in diesen beiden Staaten betroffen. Im Gegensatz zur exklusiven Staatsbürgerschaftspolitik seiner baltischen Nachbarn praktizierte Litauen eine Politik der inklusiven Staatsbürgerschaft und gewährte allen im Jahr 1991 Gebietsansässigen automatisch die litauische Staatsbürgerschaft.

Der vorliegende Beitrag untersucht, inwieweit die exklusive Staatsbürgerschaftspolitik Estlands und Lettlands im Vergleich zur inklusiven Staatsbürgerschaftspolitik Litauens (negativ) in der Unterstützung der demokratischen Systeme durch die Bevölkerung *reflektiert* wird und inwieweit dies eine Gefahr für deren erfolgreiche Konsolidierung darstellt. Dabei bieten die baltischen Staaten für ein „most similar systems design“ zur Analyse des Effekts der Staatsbürgerschaftspolitik auf demokratische Konsolidierung geradezu ideale Bedingungen, da sie eine Vielzahl relevanter makroanalytischer Gemeinsamkeiten aufweisen.

Unter dem Begriff „ethnische Minderheiten“ werden *alle* Angehörigen von Minderheitenvolksgruppen subsumiert, unabhängig davon, ob sie Staatsbürger des Landes sind, in dem sie leben, oder nicht. Auf individueller Ebene werden in allen drei baltischen Staaten diejenigen Personen als Angehörige der "ethnischen Minderheiten" identifiziert, die *nicht* der Titularnation angehören. Es wird somit ausdrücklich nicht zusätzlich zwischen verschiedenen ethnischen Minderheiten differenziert, da das entscheidende Kriterium der exklusiven Staatsbürgerschaftspolitik Estlands und Lettlands nicht eine bestimmte ethnische Zugehörigkeit war und aufgrund dessen keine systematischen

² Mit diesem Begriff sind neben den ethnischen Russen vor allem ethnische Ukrainer und Weißrussen gemeint, aber auch andere slawische Minderheiten, wie Polen. Wenn im Folgenden vereinfacht von Russen gesprochen wird, sind damit stets auch diese anderen slawischen Minderheiten impliziert.

Unterschiede zwischen verschiedenen ethnischen Minderheiten erwartet werden.

Das dem Beitrag zugrunde liegende Konzept der *liberalen Demokratie* nach Diamond (1999) fordert von einem demokratischen System mehr als nur die Abhaltung freier Wahlen³. Von zentraler Bedeutung sind der Ausschluss einer direkten oder indirekten Herrschaft des Militärs oder anderer nicht gewählter Akteure, die horizontale Verantwortlichkeit zwischen den Regierungsmitgliedern untereinander sowie die Stärkung des Pluralismus. Dies alles kann nur funktionieren, wenn es in einer Verfassung niedergeschrieben ist und ein Rechtsstaat existiert. Allerdings sagt die Existenz dieser Kriterien noch nichts über die *Konsolidierung* eines demokratischen Systems aus. Diese ist erst gegeben, wenn es in mehrfacher Weise legitimiert ist, sowohl in den Einstellungen als auch im Verhalten der Eliten einerseits und der Bevölkerung andererseits (Vgl. Diamond 1999: 10ff; 65ff).

Während die Eliten eines Staates die Demokratie und die dazu gehörenden Gesetze, Verfahren und Institutionen als einzig denkbare Ordnungsform ansehen müssen, ist in der Bevölkerung ein breiter Konsens über die Legitimation der Demokratie Voraussetzung für die Konsolidierung – über jede gesellschaftliche Grenze hinweg (Vgl. Diamond 1999: 66ff). Die Einstellungen der Bevölkerung und der Eliten zur Demokratie als Idee im Allgemeinen und dem eigenen politischen System im Besonderen bilden dabei die Grundlage für die politische Kultur eines Landes.

Wie kann die Konsolidierung der Demokratie in einem Staat nun empirisch gemessen werden? Hierzu entwickelt Diamond (1999:68) ein Indikatorensystem, das sowohl die Einstellungen als auch das Verhalten der Eliten und der Bevölkerung sowie von kollektiven Akteuren⁴ in Bezug auf das demokratische System misst. Da die Konsolidierung der Demokratie *letztendlich* von der Unterstützung durch die Bevölkerung abhängt wird auf die Analyse der Eliten und der kollektiven

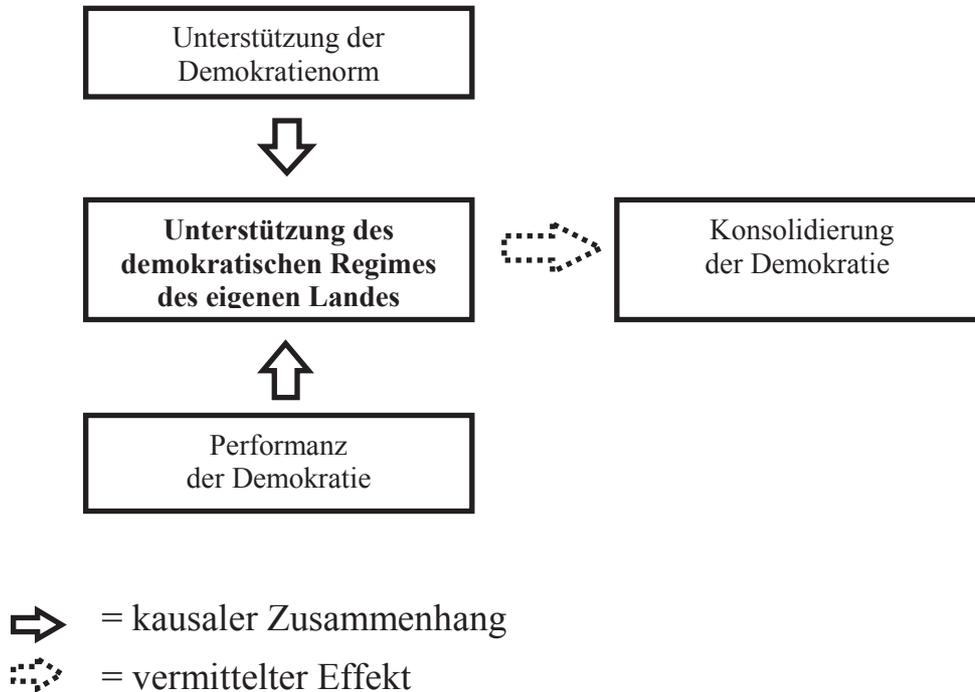
³ Für die zehn spezifischen Kriterien Diamonds für eine liberale Demokratie siehe Diamond (1999: 11f).

⁴ Als Beispiele hierfür nennt Diamond politische Parteien, Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbände.

Akteure verzichtet. Stattdessen konzentriert sich die Analyse auf die *Einstellungen* der Bevölkerung.

Welche Bedingungen stellt Diamond nun für die demokratische Konsolidierung auf der Ebene der Einstellungen der Bevölkerung auf? Seinen Indikator hierfür bildet er aus folgenden Kriterien: Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung eines Staates sind davon überzeugt, dass Demokratie als Ideal jeder anderen denkbaren Ordnungsform vorzuziehen ist. Eine gleiche Mehrheit muss außerdem die im eigenen Land implementierte Demokratiestruktur als die angemessenste Ordnungsform für dieses Land ansehen. Zudem sollte das angesprochene Zustimmungsniveau nicht nur kurzfristig gehalten werden, sondern über eine längere Zeitspanne zu beobachten sein. Des Weiteren darf der Anteil derjenigen, die aktiv für eine autoritäre Ordnungsform eintreten und der Demokratie damit die Legitimation absprechen, nicht mehr als 15 Prozent betragen (Vgl. Diamond 1999: 69).

Anknüpfend an Diamond und sein Konzept der demokratischen Konsolidierung bietet Fuchs (1999, 2002) mit seinem hierarchischen Modell der Demokratieunterstützung eine geeignete systematische Strukturierung. In seinen Ausführungen unterscheidet er drei Ebenen der demokratischen Unterstützung (Vgl. Abbildung 1): Erstens, die Unterstützung der generellen Prinzipien und Werte der Demokratie (Kultur), zweitens die Unterstützung für das im eigenen Land implementierte demokratische Regime mit seiner Verfassung und seinen demokratischen Institutionen (Struktur) sowie drittens, die auf den Erfahrungen der Bevölkerung beruhende Bewertung des tatsächlichen Funktionierens dieses Regimes (Performanz). Die kognitive Differenzierungsfähigkeit der Bürger hinsichtlich dieser drei Objektebenen von Demokratie wird von Fuchs und Roller (2006:81) mittels einer Faktorenanalyse verifiziert.

Abbildung 1: Ebenenmodell der politischen Unterstützung von Fuchs.

Quelle: Fuchs (1999: 124), vereinfachte und modifizierte Darstellung

Fuchs betont weiter, dass der ausschlaggebende Faktor für die Persistenz einer Demokratie die Unterstützung des demokratischen Regimes des eigenen Landes ist. Die demokratische Konsolidierung ist demnach eine systemische Konsequenz der Unterstützung der Demokratie auf der Strukturebene (Vgl. Fuchs 2002: 37).

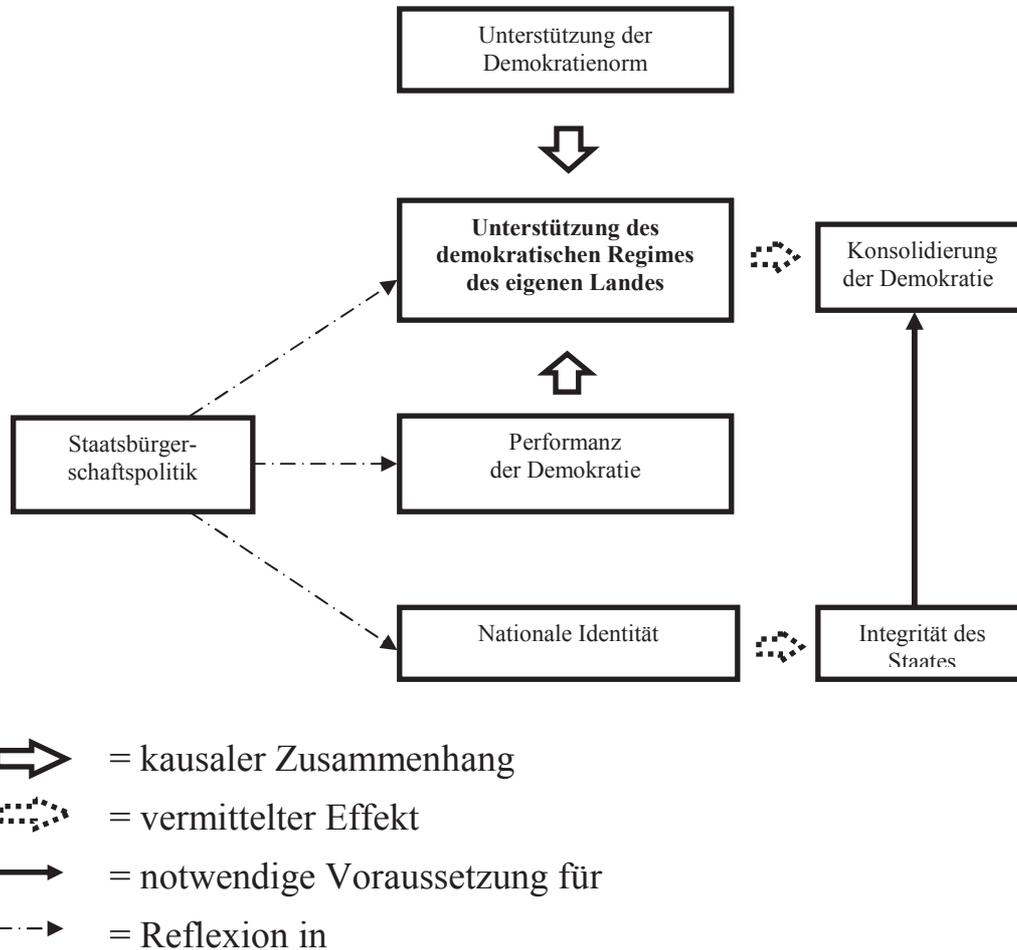
Mit Blick auf die Besonderheiten der demokratischen Konsolidierung in ethnisch heterogenen Staaten ist die Akzeptanz des Staates an sich eine weitere notwendige Vorbedingung (Vgl. Gaber 2006: 38; 60). Linz und Stepan (1996: 33) betonen die allgemeine Relevanz der Form der Staatsbürgerschaftspolitik für eine erfolgreiche Konsolidierung in ethnisch heterogenen Demokratien, indem durch die Gewährung gleicher Staatsbürgerschaftsrechte wie in Litauen die Loyalität der ethnischen Minderheiten zum jeweiligen Staat gestärkt wird und sich hinsichtlich des Niveaus der Unterstützung nicht signifikant vom entsprechenden Niveau der Titularnation abweicht. Hingegen kann in

Staaten mit exklusiver Staatsbürgerschaftspolitik wie Lettland und Estland eine weit größere ethnische Kluft in dieser Frage vermutet werden.

Neben dieser über die Integrität des Staates gegebenen eher indirekten Bedeutung der Staatsbürgerschaftspolitik für die demokratische Konsolidierung ist auch eine direktere Relevanz gegeben: Eine exklusive Staatsbürgerschaftspolitik bedeutet einen Mangel in der demokratischen politischen Struktur eines Landes. Daher ist für Angehörige der ethnischen Minderheiten in Lettland und Estland zu erwarten, dass die ethnische Kluft in Bezug auf die Unterstützung der Demokratie im eigenen Land im Vergleich zur Titularnation signifikant größer ist als in Litauen. Hierbei bleibt es eine empirisch zunächst offene Frage, ob diese Kluft "nur" auf der Performanzebene der Demokratie des eigenen Landes auftritt oder sich auch in der Bewertung der institutionellen Strukturen der Demokratie des eigenen Landes zeigt und mithin auch, inwiefern dies eine Gefahr für die demokratische Konsolidierung bedeutet.

Unter der berechtigten Annahme weitgehend vergleichbarer sonstiger politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen kann schließlich erwartet werden, dass in Litauen die Unterstützung des im eigenen Land implementierten demokratischen Systems insgesamt höher ist als in Estland und Lettland.

Abbildung 2: Theoretisches Modell der Bedeutung der Form der Staatsbürgerschaftspolitik für die demokratische Konsolidierung in ethnisch heterogenen Staaten.



Quelle: Eigene Darstellung

Der empirische Befund zeigt, dass die Identifikation der ethnischen Minderheiten mit dem jeweiligen Staat in Litauen (54 Prozent) tatsächlich höher ist als in Estland (47 Prozent) und Lettland (46 Prozent). Allerdings fällt der Rückstand Estlands und Lettlands auf Litauen mit 7 respektive 8 Prozentpunkten, angesichts der beschriebenen schwerwiegenden Folgen der exklusiven Staatsbürgerschaftspolitik in diesen beiden Staaten, verhältnismäßig gering aus. Jedoch verschleiern diese Werte einen interessanten und durchaus relevanten Aspekt: Teilt man die Angehörigen der ethnischen Minderheiten in die Kate-

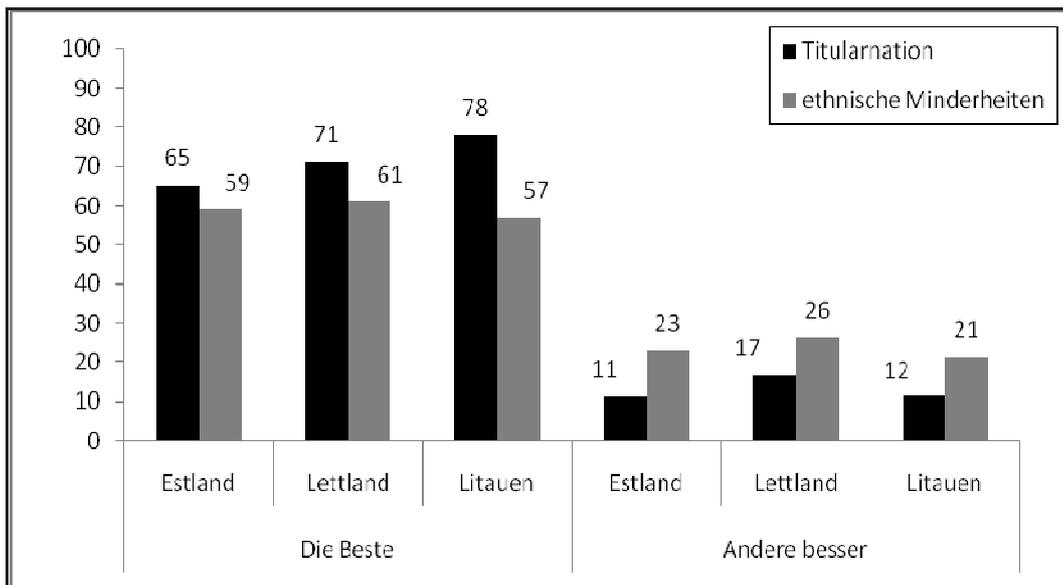
gorien "Staatsbürger" und "Nichtbürger" auf, zeigt sich im Falle Estlands, dass es innerhalb der Gruppe der ethnischen Minderheiten bezüglich der Identifikation mit dem Titularstaat große Differenzen zwischen den Personen *mit* Staatsbürgerschaft und jenen *ohne* Staatsbürgerschaft gibt. Immerhin rund 56 Prozent der ethnischen Nicht-Esten *mit* estnischer Staatsbürgerschaft können sich zumindest ein wenig mit Estland identifizieren, während der entsprechende Anteil bei den "Nichtbürgern" bei nur rund 39 Prozent liegt. Für Lettland zeigt sich ein vergleichbares Bild. Die ethnische Kluft in Bezug auf die nationale Identität ist in allen Ländern statistisch signifikant ($p < 0,05$). Damit weist also auch Litauen trotz inklusiver Staatsbürgerschaftspolitik noch Defizite bezüglich der (mentalen und emotionalen) Integration seiner ethnischen Minderheiten auf. Jedoch ist die dortige Differenz zwischen Titularnation und ethnischen Minderheiten geringer als in Estland und Lettland, bei Unterscheidung zwischen "Staatsbürgern" und "Nichtbürgern" wird die Differenz noch deutlicher. Insgesamt bestätigen die empirischen Befunde bezüglich des Ausmaßes der nationalen Identität in den baltischen Staaten die Erwartungen weitgehend. Zugleich lässt sich aus den empirischen Befunden aber auch keine (akute) Gefahr für die Integrität aller drei baltischen Staaten ablesen, so dass ein stabiler Staat als eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine konsolidierte Demokratie in allen drei Fällen als gegeben angesehen werden kann.

In Bezug auf die Zustimmung zur Demokratie als grundsätzlich beste Staatsform übertrifft Litauen als einziger der drei Staaten mit 75 Prozent den von Diamond geforderten Schwellenwert von 70 Prozent. In Lettland und Estland beträgt dieser Wert hingegen nur 67 bzw. 63 Prozent. Gleichzeitig ist die geäußerte Präferenz für eine andere Staatsform, die als aktive Ablehnung der Demokratie als Staatsform interpretiert werden kann, in Litauen mit 13 Prozent am geringsten und in Lettland mit knapp 20 Prozent am höchsten. Estland liegt mit rund 15 Prozent genau auf dem von Diamond als Höchstgrenze definierten Wert.

Betrachtet man diese Ergebnisse in einem zweiten Schritt getrennt nach ethnischer Zugehörigkeit (vgl. Abbildung 3), zeigt sich zweierlei: Zum einen ist das Ausmaß der Unterstützung in allen drei Staaten

unter den Angehörigen der jeweiligen Titularnation höher als unter den ethnischen Minderheiten. Zum anderen ist diese Differenz in Litauen mit knapp 21 Prozentpunkten deutlich höher als in Lettland mit zehn und in Estland mit rund sechs Prozentpunkten.

Abbildung 3: Unterstützung der Demokratieidee in den baltischen Staaten nach ethnischer Zugehörigkeit (in Prozent).

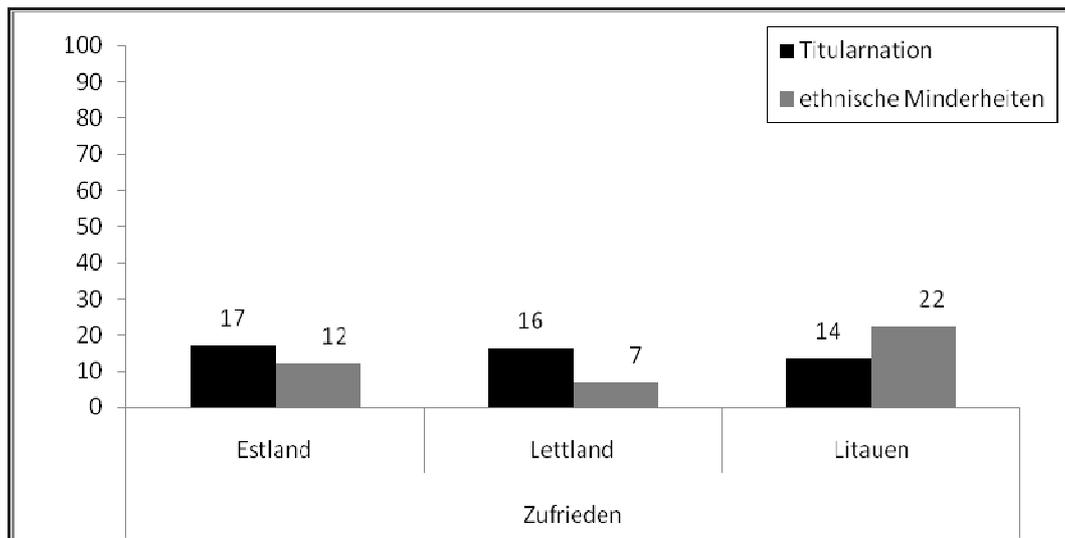


Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des PCP II; Alle n zwischen 84 und 671

Letzteres liegt aber vor allem in den deutlich positiveren Einstellungen der ethnischen Litauer (78 Prozent) zum Demokratieideal im Vergleich zu den Angehörigen der Titularnationen in Estland (65 Prozent) und Lettland (71 Prozent) und weniger in den Einstellungen der ethnischen Minderheiten zum Demokratieideal begründet. Schließlich ist das entsprechende Ausmaß der Unterstützung unter den ethnischen Minderheiten mit Zustimmungsraten zwischen 57 Prozent in Litauen und 61 Prozent in Lettland in allen drei Staaten auf einem vergleichbaren – wenn auch relativ niedrigem – Niveau. Diese empirischen Ergebnisse zeigen, dass es in allen drei baltischen Staaten, speziell unter den Angehörigen ethnischer Minderheiten, ein klares Defizit bezüglich der Existenz einer demokratischen Kultur gibt.

Der empirische Befund hinsichtlich der Performanz der Demokratie in den baltischen Staaten zeigt durchweg eine sehr geringe Zufriedenheit sowohl unter den ethnischen Minderheiten als auch unter den Angehörigen der jeweiligen Titularnation.

Abbildung 4: Performanz der Demokratie in den baltischen Staaten nach ethnischer Zugehörigkeit (in Prozent).



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des PCP II. Verwendung 10er-Skala (1=voll und ganz unzufrieden - ... 10 = voll und ganz zufrieden; Prozentsatz der Zufriedenen (Werte 7-10). Werte für Unzufriedene (Werte 1-4) sowie "Indifferente" (Werte 5 und 6) nicht ausgewiesen; Alle n zwischen 112 und 677

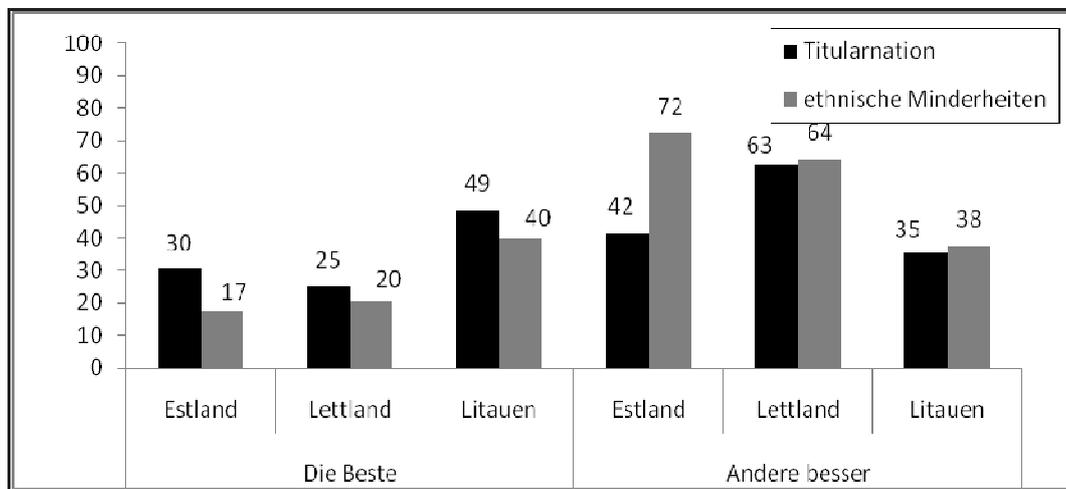
Dennoch sticht bei der Betrachtung der Ergebnisse ein Teilbefund ins Auge: Während in Estland und Lettland die Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie unter den Titularnationen höher ist als bei den ethnischen Minderheiten (17 zu 12 bzw. 16 zu 7 Prozent) ist die Situation in Litauen genau umgekehrt. Hier ist nämlich die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems unter den ethnischen Minderheiten mit 22 Prozent wesentlich höher als unter den ethnischen Litauern mit 14 Prozent.

Die nach Fuchs (1999, 2002) entscheidende Frage nach der Unterstützung der Demokratiestruktur des eigenen Landes zeigt folgendes Bild: In der *gesamten* Bevölkerung, unabhängig von ihrer ethnischen Zuge-

hörigkeit liegt die Zustimmung bei gerade einmal 26 Prozent, in Lettland sogar bei nur 23 Prozent. In Litauen liegt der entsprechende Prozentanteil hingegen bei immerhin rund 48 Prozent. Damit liegt die Unterstützung des im eigenen Land implementierten demokratischen Systems in Litauen deutlich höher als in Estland und Lettland. Dieser empirische Befund bestätigt die anfangs vorausgegangenen Überlegungen, dass in Litauen die Unterstützung für die Demokratie des eigenen Landes insgesamt höher ist als in Estland und Lettland.

Bei Betrachtung des Ausmaßes der Unterstützung der Demokratiestruktur des eigenen Landes, getrennt nach ethnischer Zugehörigkeit (Abbildung 5), lässt sich zudem feststellen, dass sowohl im Vergleich der Titularnationen als auch im Vergleich der jeweiligen ethnischen Minderheiten vergleichbar große Differenzen zu beobachten sind, so dass das Gesamtergebnis nicht aufgrund eines deutlich geringeren Minderheitenanteils in Litauen systematisch verzerrt sein dürfte.

Abbildung 5: Unterstützung der demokratischen Regime in den baltischen Staaten nach ethnischer Zugehörigkeit (in Prozent).



Anmerkung: Alle n zwischen 89 und 622.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage des PCP II

Die Erwartung hingegen, dass die ethnische Kluft in Bezug auf die Unterstützung der Demokratie im eigenen Land in Lettland und Estland größer ist als in Litauen, lässt sich mit Blick auf Abbildung 6 nur